

# **Auch der Regenwald leidet unter der politischen Krise in Brasilien**

**Nach einer starken Reduktion der jährlichen Abholzung im brasilianischen Amazonasgebiet nach der Jahrtausendwende haben die Rodungen in den letzten Jahren wieder zugenommen. Der Einfluss der Agrarlobby ist als Folge der politischen Turbulenzen weiter gewachsen.**

***NZZ Online, Werner J. Marti 26.11.2018***

Laut den jüngsten, soeben von der brasilianischen Regierung bekanntgegebenen Zahlen zur Abholzung des Amazonasregenwaldes wurde in den zwölf Monaten von August 2017 bis Juli 2018 in Brasilien so viel Wald zerstört wie seit zehn Jahren nicht mehr. Die im angegebenen Zeitraum gerodete Fläche beträgt 7900 Quadratkilometer, also rund einen Fünftel der Fläche der Schweiz. Im Vergleich zu den vorangegangenen zwölf Monaten (August 2016 bis Juli 2017) hat die abgeholzte Fläche um 14 Prozent zugenommen.

Das Überwachungsprojekt der brasilianischen Regierung stützt sich auf Satellitendaten. Die Abholzung hatte im Jahre 2004 mit 27 800 Quadratkilometern – das heisst mit der Grösse von Haiti – einen unschönen Höhepunkt erreicht, doch ist sie danach bis 2014 stark auf 5000 Quadratkilometer gesunken. Seither ist sie aber wieder im Steigen begriffen.

Laut dem brasilianischen Umweltminister Edson Duarte geht der Verlust an Wald auf das Konto von illegalen Holzfällern. Diese arbeiten häufig mit Grossgrundbesitzern zusammen, welche die gerodeten Flächen später für die Landwirtschaft nutzen. Der grösste Teil der Abholzung betrifft die Teilstaaten Mato Grosso und Pará. Mato Grosso ist der wichtigste Produzent von Feldfrüchten wie Sojabohnen und Mais und auch ein wichtiges Viehzuchtgebiet. Die politischen Turbulenzen und der Kurswechsel in Brasilia seit der Absetzung von Präsidentin Dilma Rousseff im August 2016 haben zum erneuten Anwachsen der Rodungen in den letzten Jahren beigetragen.

## **Zunehmender Einfluss der Agrarlobby**

Die Interessen der Grosslandwirtschaft haben in den letzten Jahren zunehmend an Einfluss gewonnen. Bereits 2012 unter der Präsidentschaft von Dilma Rousseff wurde in Brasilien ein neues, lascheres Forstgesetz ausgearbeitet. Unter der bisherigen Gesetzgebung, deren Ausgestaltung bis 1965 zurückreichte, mussten Landbesitzer bis zu 80 Prozent ihres Landes bewaldet lassen. Das neue Gesetz schwächte diese Vorschrift ab und erlaubt den Farmern, den Boden näher an Hügelkuppen und Flussufer heran landwirtschaftlich zu nutzen, wo die Gefahr der Erosion besonders gross ist. Unbezahlte Bussen für früher illegal gerodetes Land wurden teilweise erlassen, und die Fläche, welche infolge solcher Verfehlungen wieder aufgeforstet werden musste, wurde reduziert. Nach Ansicht der Umweltschützer war dies nichts anderes als eine Einladung zum künftigen Abholzen. Die Farmer hingegen argumentierten, dass das neue Gesetz Barrieren für das Wachstum eines Schlüsselsektors der brasilianischen Wirtschaft aus dem Weg räume, indem es für die Vergehen der Vergangenheit Amnestie erteile.

## **Unterstützung für Bolsonaro**

Nach dem Sturz von Dilma Rousseff gewann die mächtige Agrarlobby weiter an Einfluss. Der Übergangspräsident Michel Temer war auf ihre Unterstützung angewiesen, um sich an der Macht zu halten. Der Präsident ergriff eine Reihe von Initiativen, die den Umweltschutz untergruben, die Demarkierung indianischen Landes blockierten und Grossprojekte im Amazonasgebiet förderten. Das Budget des für den Schutz zuständigen Umweltministeriums wurde von ihm beinahe halbiert.

Den Farmern dürfte ihr politischer Einfluss auch in Zukunft gewiss sein. Sie waren im vergangenen Wahlkampf eine der wichtigen Unterstützergruppen des inzwischen gewählten Präsidenten Jair Bolsonaro, der am 1. Januar die Amtsgeschäfte übernehmen wird. Bolsonaro will das Landwirtschafts- und das Umweltministerium fusionieren. Es ist leicht vorauszusehen, dass die letztere Behörde dadurch noch zusätzlich geschwächt werden wird.